

**Niederschrift der 40. Ratssitzung vom 17.10.2013**

**Ort:** Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

**Tag:** 17.10.2013

**Beginn:** 16:00 Uhr

**Ende:** 19:45 Uhr

**Anwesenheit:** Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann  
28 Stadträte

Frau Monika Rauhut CDU  
Frau Regine Römmisch CDU  
Herr Volker Schachtel CDU  
Herr Andreas Skrypek CDU  
Herr Harald Weiß CDU  
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Peter Dietrich DIE LINKE.  
Herr Manfred Fischer DIE LINKE.  
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.  
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.  
Frau Christine Kümmler DIE LINKE.  
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.  
Herr Axel Sell DIE LINKE.  
Frau Iris Töpsch DIE LINKE.

Herr Siegmund Hecker BOS  
Herr Volker Kinne BOS  
Herr Bert Mrozik BOS  
Frau Katrin Scheffel BOS  
Herr Helmut Schmidt BOS  
Herr Jürgen Telle BOS  
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Herr Mike Bösel B.I.S.  
Herr Siegfried Grießer B.I.S.  
Frau Gesine Liesong B.I.S.  
Herr Klaus Peche B.I.S.  
Herr Lothar Wolfram B.I.S.

Frau Christine Block SPD  
Herr Arndt Kemesies SPD

**entschuldigt fehlten:** Herr Udo Halle CDU  
Herr Dieter Klein CDU  
Herr Thomas Peckruhn CDU  
Herr Michael Dietrich DIE LINKE.  
Herr Günter Prause DIE LINKE.  
Frau Käthe Olschak B.I.S.  
Frau Katharina Ruschke SPD  
Herr Helmut Qual FDP  
Herr Udo Schwarz FDP  
Herr Heiko Brunthaler NPd

<b>verspätet erschienen:</b>	Herr Andreas Herold Frau Regina Stahlhacke	BOS CDU	16:11 Uhr 17:47 Uhr
<b>vorzeitiges Verlassen:</b>	Frau Monika Rauhut Herr Arndt Kemesies Frau Christine Kümmel Frau Regine Römmisch Herr Jürgen Telle	CDU SPD DIE LINKE. CDU BOS	17:56 Uhr 19:15 Uhr 19:15 Uhr 19:30 Uhr 19:41 Uhr
<b>sachkundige Einwohner:</b>	Herr Veit Baeske Herr Peter Bloßfeld Frau Ilka Gädke Frau Daniela Hahn Herr Manfred Hartmann Frau Sonja Hund Herr Thomas Klaube Frau Ilona Poschmann Frau Iris Reiche Herr André Röthel Herr Maik Rüdiger Herr Lothar Sanftleben Frau Daniela Schunke Herr Ringo Siebert Frau Karoline Spröte		
<b>Stadtverwaltung:</b>	Herr Jens Schuster  Herr Torsten Schweiger  Herr Mario Bößenroth  Frau Karin Schiller Frau Simone Jung		Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen Fachdienstleiter Ordnungsangelegenheiten Ratsbüro Ratsbüro
<b>Tagungsleitung:</b>	Herr Andreas Skrypek		Vorsitzender des Stadtrates

## **Tagesordnung gemäß Einladung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 39. Ratssitzung vom 12.09.2013**
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
  - 6.1 Satzung über die Straßenreinigung und Winterdienst in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung
  - 6.2 1. Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes für das Sanierungsgebiet Sangerhausen - Kernstadt - 1. Lesung
  - 6.3 Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sangerhausen für den Teilbereich Wettelrode - "Grillenberger Höhe"
  - 6.4 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlegung von Beiträgen der Unterhaltungsverbände "Helme" und "Wipper-Weida" für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung - 1. Lesung
  - 6.5 Themenjahr und Bewerbung der Stadt Sangerhausen um die Ausrichtung des Sachsen-Anhalt-Tages 2016
  - 6.6 Berufung des Gemeindevorstandes und des Stellvertreters für die Wahl des Stadtrates sowie der Ortschaftsräte 2014
  - 6.7 Zuschuss zur Finanzierung eines Grundstückes für den Deutschen Alpenverein - Sektion Südharz/Sangerhausen e.V. zur Errichtung einer Sport- und Freizeitanlage - 2. Lesung
  - 6.8 Beschluss der FriedWald-Nutzungsordnung des Bestattungswaldes FriedWald in Sangerhausen
  - 6.9 Korrektur des Beschlusses 2-37/13 zur Verlegung von Stolpersteinen

6.10 Beteiligung an der Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Kinderförderungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.01.2013

**7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**

7.1 Bewertungshandbuch der Stadt Sangerhausen

**8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**

8.1 Die Einrichtung eines Bestattungswaldes als FriedWald und der Abschluss eines Betreibervertrages mit der FriedWald GmbH

8.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz

**9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**

9.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses

9.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses

**10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 40. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

**Ladefrist:** Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

**Beschlussfähigkeit:** Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 28 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

**Öffentlichkeit:** Die TOP 1. - 7.1 und 10. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.  
Die TOP 8. - 9.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

16:00 Uhr  
Frau Kümmel geht = **28**

**2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

**Abstimmung über die Tagesordnung**

Ja-Stimmen = 28  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

**3. Genehmigung der Niederschrift der 39. Ratssitzung vom 12.09.2013**

**Abstimmung über die Niederschrift**

Ja-Stimmen = 27  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

16:03 Uhr  
Frau Kümmel kommt = **29**

#### 4. Bericht des Oberbürgermeisters

*Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 18.10.2013 zugeschickt.*

16:11 Uhr

Herr Herold kommt = 30

#### 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

##### **Anfragen des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion**

*Herr Peche* bedankt sich dafür, dass dem Antrag seiner Fraktion Folge geleistet und es ermöglicht wurde, kurzfristig den Beitrag zur Umgestaltung des Bahnhofes in den Oberbürgermeisterbericht einzuarbeiten. Der Bahnhof war zu DDR-Zeiten einmalig und schön. Unter anderem ist das Wandbild in der Empfangshalle erhaltungswürdig. Es sollte alles dafür getan werden, dass der Bahnhof in einer guten Form erhalten bleibt. Der Stadtrat hat sich in Größenordnung damit beschäftigt und Grundsatzbeschlüsse gefasst. Aber, seit dieser Zeit hat sich nicht viel getan. Genau so verhält es sich mit dem Industriepark, dem Gewerbegebiet Mafa und dem Stadteingang. Es wird vieles angefangen, es finden unheimlich viele Beratungen statt, es wird viel Geld hineingesteckt, aber man gelangt nicht zu konkreten Zielen. Heute wurde, außer dass die Bibliothek und das Bürgerbüro dort einziehen, nicht viel gesagt. Der Hauptmieter, die Volkshochschule, fällt weg, weil es nicht möglich ist, die Kosten zu minimieren, um eine Fläche von 1.000 m<sup>2</sup> für 3.000 € im Monat zu vermieten. Bis heute ist nicht klar, welche Fläche die Bibliothek und das Bürgerbüro einnehmen werden, welche Kosten das verursacht und ob der Einzug pünktlich erfolgen kann, sodass die Zeitschiene (Auslaufen des Mietvertrages auf dem Schützenplatz) eingehalten werden kann. Das Einzige, das klar ist - es kommen große Probleme auf die Stadt zu. Es wurde jetzt wieder ein "Dritter" einbezogen. Die Stadt hat das Gebäude erworben und gemerkt, dass sie es allein nicht nutzen und vermarkten kann. Sie ist nicht in der Lage die Baumaßnahmen allein durchzuführen. Zweimal Grunderwerbsteuer und zweimal Notarkosten mussten dafür gezahlt werden. Jetzt sind sehr hohe Kosten erforderlich um die Beratungsgesellschaft mit der Prozesssteuerung zu beauftragen. Er fragt ganz konkret: "Sind nicht manche Sachen für uns zu groß und zu schwer? Sollen wir nicht vernünftiger herangehen und nicht gleich, wenn wir etwas geschenkt oder angeboten bekommen (Land und Bahngesellschaft), darauf anspringen? Die Risiken und die Schwierigkeiten sind bedeutend höher als wir denken." Es ist erfreulich, dass sowohl die Turnhalle, als auch die Fassade der Grundschule am Rosarium wieder so prima hergerichtet wurden. Aber bis heute wurde die so oft gestellte Frage: "Was hat die Grundschule "Am Rosarium" der Stadt bis jetzt insgesamt gekostet?" nicht beantwortet. Heute wurde das erste Mal über die Kosten des Ausbaus in der Turnhalle informiert. Andererseits wurde ganz konkret gesagt, dass Kosten in Größenordnung noch auf die Stadt zukommen, allein für Brandschutzgutachten und für die Innengestaltung des Gebäudes. Das heutige Hauptanliegen der B.I.S.-Fraktion ist die unendliche Geschichte um das Europa-Rosarium und den Stadteingang. Das beschäftigt den Stadtrat seit 2008. Er erinnert an den Ratsbeschluss vom Januar 2001. Als Ausgangspunkt für die Rosenstadt GmbH wurde in der Begründung der Beschlussvorlage die Schaffung von 50 Arbeitsplätzen in der Gesellschaft zugesagt. Mit der Gründung der GmbH und der touristischen Vermarktung durch diese, sollten 700 bis 800 Arbeitsplätze in der Innenstadt gesichert und unterhalten werden. Dadurch, dass der Eingang jährlich einmal geschlossen und erst nach hartnäckigem Widerstand wieder geöffnet wird und die Stellungnahme der Verwaltung auf sich warten lässt, ist das nicht zu erreichen. Seine Fraktion wehrt sich vehement gegen ein solches Handeln, was aber nicht heißt, dass die gesamte Rosenstadt GmbH damit gemeint ist. Bestimmt gibt es sehr viele Mitarbeiter, die sehr gute Arbeit leisten. Hier verhält es sich so, dass der Geschäftsführer schon mehrfach versucht hat, diesen Eingang zu schließen. Er fragt Herrn Poschmann konkret: "Welche Möglichkeiten haben Sie als Oberbürgermeister gegen ein solches Handeln vorzugehen? Haben Sie arbeitsrechtliche oder disziplinarische oder andere Möglichkeiten? Was gestattet Ihnen dieser Rahmenvertrag, den wir 2002 geschlossen haben? Welche Möglichkeiten haben wir als Stadtrat darauf einzugehen? Was können wir machen?" Seit 10 Jahren gibt es zwei Eingänge und seit 2008 besteht das Problem. In dem Jahr wurde eine Investitionsmaßnahme von 1,2 Mio. € im Rosarium durchgeführt. Die Maßnahme bezog sich auf 3 Komplexe - Neubau der Bühne, Duftgarten sowie Abriss und Neubau des Stadteinganges. Die 1,2 Mio. € reichten nur zum Abriss. Ein neuer Stadteingang kam nicht. Ab dem Zeitpunkt fingen die Probleme an. Die Aufstellung des Containers 2008 ist nicht geschäftsfördernd für die Rosenstadt GmbH und auch nicht einladend für die Sangerhäuser und die Besucher und Gäste. 2011 fand zum Thema eine Sonderratssitzung statt. Über 900 T€ für einen Glaspavillon wurden in Aussicht gestellt, die mit 90 Prozent gefördert werden sollten. Daraus wurde nichts. Weil die Stadträte nicht nachfragten, wurde seitens der Verwaltung auch keine Stellung dazu bezogen. Erst heute konnte man aus dem Oberbürgermeisterbericht vom aktuellen Stand erfahren. Er fragt direkt: "Welchen Einfluss haben wir, als Stadträte, überhaupt noch auf diese Rosenstadt GmbH?" Jährlich erhält die Gesellschaft einen Zuschuss. Müsste es dann nicht so sein, dass der Stadtrat jährlich und für die Folgejahre, zweckgebunden, genau die Kosten (Einnahmen / Ausgaben) übermittelt bekommt, damit eingeschätzt werden kann, wie die Gesellschaft arbeitet. Seine Fraktion hat das letzte Mal einen solchen Bericht 2006 vorgelegt bekommen. Schon damals wurden nicht alle Fragen beantwortet. In der Haushaltsführung ist es notwendig und erforderlich. Im Rahmenvertrag steht

geschrieben, dass die GmbH bis 30.09. die Verträge vorzulegen hat. Es ist schade, dass diese Verträge nicht vorliegen und der Stadtrat damit arbeiten kann. Zusammenfassend für alle Probleme, die er angesprochen hat, sagt er: "Wir reden und reden und kommen nicht an die Endpunkte heran." In der letzten Ratssitzung wurde nach den Kosten, die im Industriepark entstanden sind, gefragt. Bis jetzt kam keine Information. Seine Fraktion bleibt demnächst an jeder Frage dran und erinnert in jeder Ratssitzung.

### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* stellt fest, dass Antworten, die zwischendurch gegeben werden, scheinbar nicht registriert werden. Deshalb wird er künftig eine andere Form wählen. Viele Sachen, die kritisiert wurden, sind seines Erachtens transparent. Aus welchem Grund sollte die Verwaltung etwas verheimlichen?

- 1.) Er denkt nicht, dass die Gesamtkosten der Sanierung der Grundschule "Am Rosarium" unbekannt sind. Darüber wird im Bau- und möglicherweise auch im Hauptausschuss gesprochen. Natürlich sind die Zahlen nur aus Planungsergebnissen bekannt, wobei zu beachten ist, dass die Planung nur für Bauabschnitte aufgestellt wird, bei der eine Finanzierung dahintersteht. Trotzdem gibt es einen Gesamtüberblick.
- 2.) Über den Industriepark wurde immer sachlich informiert. Sogar die Mitteldeutschen Zeitung und im Rundfunk (MDR, RTL) wurde über die Zahlen immer wieder berichtet. Die Zahlen (Ankauf, Landesmittel, Eigenmittel usw.) sind kein Geheimnis. Sie sind den Stadträten auch in Ausschuss- und Ratssitzungen vorgetragen worden. Es wurde ebenfalls darüber berichtet, dass jetzt z.B. der Förderantrag für die Machbarkeitsstudie der anderen Fläche gestellt wurde.
- 3.) Er gibt Herrn Peche Recht, dass es keine typische Aufgabe einer Stadt ist, einen Bahnhof zu sanieren. Damals wurde aber eingeschätzt, dass der Bahnhof städtebaulich so wichtig ist, dass sich die Stadt dieser Aufgabe stellt. Es muss ein ständiger Prozess durchlaufen werden, ehe es zum Abschluss von Mietverträgen kommt. Daran wird täglich gearbeitet. Die SWG handelt im Auftrag der Stadt. Dafür wurde die besondere Form der Finanzierung, die ÖÖP-Finanzierung gewählt, die von der Kommunalaufsicht (Variante 3) vorgeschlagen wurde. Es war klar, dass die Beratungsgesellschaft wieder einsteigt und die Stadt während des Prozesses begleitet. Natürlich gibt es nicht immer gleich Einvernehmen, bei der Abwägung von unterschiedlichen Varianten, da kausale Zusammenhänge bestehen (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, Flächenbedarfe, baurechtliche Sachen). Er betont, dass es um ein Sanierungsobjekt mit besonderen Randbedingungen (Bahn - Brandschutzaufgaben usw.) geht. Das alles hat Herr Franke in der 70. Hauptausschusssitzung am 25.09.2013 dargestellt.
- 4.) Bereits 2010, zu seinem Amtsantritt, gab es die gleiche Diskussion zum Thema Rosenstadt GmbH. Infolgedessen wurde zu einer Informationsveranstaltung am 22.11.2010 ins Glashaus des Europa-Rosariums eingeladen. Ganze 10 Teilnehmer sind der Einladung gefolgt. Zur Veranstaltung wurden die Aufgaben der GmbH und deren Finanzierung erklärt. Die Verträge waren zu jeder Zeit transparent. Sie basieren auf Ratsbeschlüssen und waren Grundlage für die Finanzierung. Die Sache mit der Schließung des Stadteinganges ist ärgerlich. Er befand sich zu der Zeit im Urlaub. Er wird diesbezüglich eine Auswertung vornehmen. In dem Zusammenhang erklärt er seine Möglichkeiten der Einflussnahme. Die Rosenstadt Sangerhausen GmbH ist keine Gesellschaft der Stadt, aber die gesellschaftsrechtliche Konstruktion ist den Stadträten bekannt. Die GmbH ist ein Unternehmen des Tourismusverbandes Sangerhausen-Südharz, deren satzungsgemäßer Vorsitzender Herr Poschmann ist. Mit einem weiteren Mitglied des Vorstandes repräsentiert er die Gesellschafterversammlung des Verbandes, von der auch die Geschäftsführung bestellt wird. Natürlich kann er darauf einwirken, wenn so etwas passiert, aber er wägt auch hier ab. Das ist kein Thema für die weitere öffentliche Diskussion. Was die Finanzierung des Stadteinganges betrifft, so hat er nicht verschwiegen, dass der Förderbescheid nur in Höhe von 60 Prozent kam. Er musste zurückgegeben werden, da mit einer Höhe von 90 Prozent gerechnet wurde. Seitdem wird darüber nachgedacht, wie die Differenz aufgebracht werden kann. Bei einem Arbeitsbesuch hat er Minister Möllring die Situation dargelegt. Dieser hat dann der Stadt für die Umgestaltung des Stadteinganges eine 80-prozentige Förderung in Aussicht gestellt. Dieser Fördermittelantrag wurde gestellt. Eine Antwort steht noch aus. Von den fehlenden 20 Prozent, sollen 10 Prozent aus dem Verkauf des Lesepavillons an die Rosenstadt Sangerhausen GmbH kommen. Es geht darum, in diesem Pavillon das Trauzimmer einzurichten, sodass man sich künftig ersparen kann, den Gartenträume-Laden ständig umzuräumen. Das war der Ansatz. Für die restlichen ca. 70 T€ wurde ein Antrag auf Mittel aus dem Zukunftsfonds beim Landkreis gestellt. Der Bescheid wird erwartet. Die Maßnahme kann erst begonnen werden, wenn die Finanzierung steht. Als der Umbau angefangen wurde, war schon abzusehen, dass die Fördermittel nicht für die gesamte Maßnahme ausreichen. Hinzu kam, dass das erste PPP-Projekt (Café an der Wolfsschlucht) scheiterte. Dass die Finanzierung nicht passt, wurde damals im Finanzausschuss mitgeteilt. Die Einflussnahme der Stadträte auf die Rosenstadt Sangerhausen GmbH ist durch die Bestimmung von 2 Vertretern im Beirat gegeben. Infolge der galvanischen Trennung der GmbH von der Stadt wurde die Möglichkeit der unterschiedlichen Finanzierung geschaffen. Herr Poschmann ist bereit, in Diskussionen, Beratungen und Einzelgesprächen die Details offenzulegen. Die Struktur der GmbH ist in Ordnung.

**KASSETTENWECHSEL**

Effekte, wie z.B. der Umbau des Bergbaumuseums, der aus den erwirtschafteten Erträgen finanziert wurde, müssen in Summe betrachtet werden. Er wertet die Schließung des Stadteinganges als Fehler, den er mit dem Geschäftsführer auswerten wird.

#### **Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion**

*Herr Peche* versichert, dass er der GmbH nichts unterstellen wollte und fordert, dass Verträge eingehalten werden. Im Rahmenvertrag steht, dass der jährliche Zuschuss der Stadt an die Rosenstadt Sangerhausen GmbH zweckgebunden ist. D.h., dass der Stadtrat gerade im Rahmen der Haushaltskonsolidierung das Recht hat, zu erfahren, welche Einnahmen und Gewinne erzielt werden und was mit dem Zuschuss im nächsten Jahr geplant ist (z.B. in diesem Jahr der Ausgleich für das Bergbaumuseum). Das muss für die Stadträte transparent sein. Sie müssen sich informieren und austauschen können. Das hat in diesem Rahmen schon besser funktioniert. Zum Bahnhof wurden die Fragen nach den Flächen, Kosten und Terminen nicht beantwortet. Es ist wichtig, dass die Stadträte davon Kenntnis haben, gerade weil Bibliothek und Stadtbüro aus dem Gebäude am Schützenplatz heraus sollen. Da stellt sich die Frage, ob zwischenzeitlich noch andere Gebäude genutzt werden müssen und zusätzliche Kosten entstehen.

#### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* erklärt, dass angestrebt ist, weniger Fläche für beide Einrichtungen zu nutzen, um auch den Konsolidierungszielen näher zu kommen. Abzuklären ist natürlich die Einpassung in den Baukörper. Letzten Endes soll weniger pro Quadratmeter gezahlt werden, als am Schützenplatz. Inwieweit andere Mieter hinzukommen und wie man die Mischmiete kalkuliert, ist noch nicht abschließend geklärt. Die Planung bzw. ein iterativer Prozess, in dem man sich annähern muss, läuft. D.h. es gibt Bedarfsanforderungen, die zu erfüllen sind. So wurde am Montag bereits gesagt, dass der Mietpreis von 3 T€ pro Monat für 1.000 m<sup>2</sup> nicht akzeptabel ist. Es gibt die Möglichkeit eines Neubaus, der ursprünglich für die Bibliothek genutzt werden sollte. Jetzt ist wichtig, die Einrichtungen der Stadt unterzubringen und nicht in Termenschwierigkeiten, was den Fördermittelansatz und die Mietkonditionen am Schützenplatz betreffen, zu kommen. Eine Mietverlängerung in Größenordnung ist zu vermeiden. Wenn der Landkreis Bedarf anmeldet, muss über die andere Fläche nachgedacht werden. Mit der Konzentration im Kerngebäude des Bahnhofes ist natürlich eher die Möglichkeit gegeben, als wenn Abriss und Neubau favorisiert wird.

#### **Anfragen des Stadtrates Herrn P. Dietrich, Fraktion DIE LINKE.**

*Herr P. Dietrich* hat mehrere Anfragen zum gesamten Park am Rosarium. Wann wird endlich der Bauzaun entfernt? Wann können die älteren Leute wieder im Park spazieren gehen bzw. einen ordentlichen Rundgang machen? Jetzt kommt man nur bis zum Bauzaun und muss zurücklaufen. Es war einmal vorgesehen, dass der Pfennigteich für die Öffentlichkeit sein sollte. Wird der Rundgang wieder ermöglicht oder bleibt der Park so dreckig, wie er jetzt ist?

#### **Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann**

*Herr Poschmann* antwortet, dass der Park nicht so unschön bleiben kann, wie er jetzt ist. Deshalb muss die Sanierung der Teiche mit allem was dazu gehört, erfolgen. Er stellt klar, dass es sich bei dem angesprochenen Zaun um keinen Bauzaun handelt. Der Zaun stellt eine Trennung zwischen Innen und Außen dar. Den Weg zum Pfennigteich wird es als öffentlichen Weg nicht mehr geben. Das wurde hier festgelegt.

#### **17:00 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

#### **Anfrage des Bürgers Herrn André Röthel, Sangerhausen, Karl-Liebknecht-Straße 20**

*Herr Röthel* stellte im letzten Jahr eine Anfrage zur Trillerei, da schon von außen ersichtlich war, dass die Bausubstanz sehr schlecht ist. Aus der Stadtverwaltung erhielt er eine schriftliche Antwort, aus der sinngemäß hervorging, dass man sich keine Gedanken machen brauche, da mit dem Baudenkmal alles in Ordnung sei. Jetzt steht aber in der Zeitung, dass das Gebäude einsturzgefährdet ist. Er möchte wissen, ob sich die Stadtverwaltung das Gebäude wirklich angesehen hat oder nur das Ordnungsamt vorbeigeschickt wurde, um nachzuschauen.

#### **Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* versichert, dass sich die Stadtverwaltung das Gebäude wirklich genau angesehen hat und das nicht nur einmal. Im Moment ist die Stadt hier nicht der entscheidende Partner, denn die Kreisverwaltung mit der

Unteren Bauaufsicht muss letztendlich über die Standsicherheit entscheiden. Neben der Verwaltung sind dabei Experten gefragt, denn um eine statische Aussage treffen zu können, sind besondere Qualifikationen erforderlich. Derzeit schätzt die Untere Bauaufsicht des Landkreises die Situation so ein. Es wird weitere Gespräche, insbesondere mit dem Landesamt für Denkmalschutz geben. Die Maßnahmen wurden vorsorglich im Hinblick auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere in der Straße, getroffen. Es ist richtig, dass nicht gewartet wird, bis es zu spät ist.

**Anfrage des Bürgers Herr Gerald Neuschel, Sangerhausen, Alte-Magdeburger-Straße 18 / Bürgerinitiative für Fernwasser**

*Herr Neuschel* richtet seine Anfrage direkt an Herrn Schweiger. Die Bürgerinitiative nahm am 25.09.2013 ebenfalls an der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes teil. Vom Vertreter der Stadt Sangerhausen im TZV, Herrn Schweiger, wurde ein Veto eingelegt, sodass die Bekanntgabe des Anschlusses der Stadt an das Fernwasser aus der Rappbodetalsperre wieder verschoben wurde. "Herr Schweiger, unterstützen Sie fachlich die Forderung der Bürgeraktion für Fernwasser? Ja oder Nein?"

**Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* weist darauf hin, dass die Frage heute schon beantwortet wurde. Im Bericht des Oberbürgermeisters war bereits ein entsprechender Passus enthalten. Der Oberbürgermeister sagte, dass die Stadtverwaltung eine entsprechende Beschlussvorlage mit der Ermächtigung zur Zustimmung des Anschlusses in die Sonderratssitzung einbringen wird. Das Einbringen sagt natürlich noch nichts über das Ergebnis aus. Das ist die Entscheidung des Stadtrates.

**Nachfrage des Bürgers Herr Gerald Neuschel, Sangerhausen, Alte-Magdeburger-Straße 18 / Bürgerinitiative für Fernwasser**

*Herr Neuschel* fragt nach, aus welchem Grund das Veto eingelegt wurde. "War das Ihr eigenes oder das der Stadt?"

**Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger**

*Herr Schweiger* betont, dass der Grund dafür war, dass es hier im Stadtrat noch Diskussionsbedarf gibt.

**Anfrage des Bürgers Herr Dr. Gerhard Ernst, Sangerhausen, Wilhelm-Koenen-Straße 13 / Koordinator und Sprecher der Bürgeraktion gegen uran- und sulfatbelastetes Trinkwasser**

*Herr Dr. Ernst* weiß, dass Herr Schweiger verantwortungsvoll gehandelt hat, weil er den Rat des Stadtrates einholen möchte. Er ist auch darüber informiert, dass eine öffentliche Sonderratssitzung am 29.10.2013 stattfinden soll. Die Bürger freuen sich darüber sehr. Aus diesem Grund hat die Bürgeraktion heute jedem Fraktionsvorsitzenden einen 2. offenen Brief, gerichtet an die Mitglieder des Stadtrates, zur 41. Sonderratssitzung mit dem Thema: Zukünftige Wasserversorgung im Verbandsgebiet des TZV, übergeben. Er bittet darum, dass dieser Brief gründlich durchgelesen wird und darum, dass zur Sonderratssitzung die Forderungen der Bürgeraktion berücksichtigt werden.

**Anfragen des Bürgers Herr Axel Sell, Sangerhausen, OT Großleinungen, Hauptstraße 41**

*Herr Sell* hat 1.) bereits einige Male angesprochen, dass sich vor seinem Haus der Trinkwasserabsteller immer mehr senkt. Die Straße wölbt sich und wird dort, wo sich der Absteller befindet, immer tiefer. Es ist schon ein kleiner See entstanden. Auf der gegenüberliegenden Seite lösen sich die ersten Straßensteine. 2.) ereignete sich vor seinem Haus ein Unfall, bei dem ein Grenzstein verschoben und das Kleinpflaster herausgerissen wurde. Er fragt, ob damit gerechnet werden kann, dass die Stelle noch vor Wintereinbruch nachgepflastert wird.

**Anfrage der Bürgerin Frau Iris Reiche, Sangerhausen, OT Lengefeld, Lengfelder Tal 24**

*Frau Reiche* fragt, wann die 2 Schlaglöcher in der Hüttenstraße (Bereich Sparkasse) endlich verfüllt werden. Man kann sehr schlecht ausweichen.

**Anfragen der Bürgerin Frau Monika Rauhut, Sangerhausen, OT Wippra, Wippraer Bahnhofstr. 14**

*Frau Rauhut* spricht als Bürgerin und Ortsbürgermeisterin von Wippra. In den nächsten Jahren wird in Wippra eine Großbaustelle sein. Das geplante Grüne Hochwasserrückhaltebecken ist eine Millioneninvestition, die nicht ohne Auswirkung auf die Bevölkerung und den Status als Erholungsort sein wird. Sie hat folgende Fragen der Bürgerinnen und Bürger ihrer Ortschaft vorzutragen. "Hat der Talsperrenverband schon mit der Verwaltung

gesprochen, wie die zukünftige Wegführung sein wird? Wie sollen wir zum Wald- und Gesteinslehrpfad, zum Arboretum und zur Talsperre gelangen? Was ist mit der Schutzhütte die dort steht? Wie werden Ausgleichsmaßnahmen aussehen und was passiert mit der Eckardtstraße, auf der das benötigte Material transportiert wird? Die Gemeinde hat ein wertvolles Grundstück verkauft, um Baufreiheit für den Talsperrenbetrieb zu schaffen. Wie profitieren wir davon? Wurde versucht, etwas Positives für uns auszuhandeln? Was wird mit der alten Deichdammbrücke und den Germesköpfen, aus denen das Material geholt werden soll? Der Berg wird weggesprengt. Das Material wird auf der Eckardtstraße in Richtung Wippra transportiert. Die Straße ist jetzt schon nicht mehr in Ordnung. Ist darüber gesprochen worden, dass sie wieder hergerichtet wird? Was geschieht mit den Ausgleichsmaßnahmen? Ich habe gelesen, dass Aufforstungen, die notwendig waren, weil bei uns sehr viel abgeholzt wurde, in Harzgerode stattgefunden haben. Wir als Ortschaft, möchten in die Beratungen einbezogen werden und erwarten, dass vor Baubeginn mindestens ein Vor-Ort-Termin stattfindet."

### **Wortmeldung des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Skrypek**

*Herr Skrypek* informiert Frau Rauhut, nach kurzer Beratung mit Herrn Poschmann, dass seitens der Verwaltung auf ihre Fragen schriftlich geantwortet wird. Das Gleiche trifft für Herrn Sell und Frau Reiche zu.

### **Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2**

*Herr Wolfram* macht darauf aufmerksam, dass an der Kreuzung Trillerei / Ulrichstraße / Kirchberg (ehemals Bibliothek), seit mindestens 2 Wochen ein Sperrmüllhaufen liegt. Er möchte wissen, ob das Ordnungsamt schon etwas unternommen hat.

### **Antwort des Fachdienstleiters Ordnungsangelegenheiten Herrn Bößenroth**

*Herr Bößenroth* informiert, dass der Sperrmüll seit 2 Tagen weg ist.

**17:11 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE**

## **6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

### **6.1 Satzung über die Straßenreinigung und Winterdienst in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung**

*Herr Schweiger* begründet die Beschlussvorlage und die Satzung. In der vorliegenden Fassung wurde folgendes Anliegen, das hauptsächlich aus den Ortschaften kam, berücksichtigt. Da wo Anliegerreinigung möglich ist, soll sie auch erhalten bleiben, da es seit Jahren gut funktioniert. Das Engagement der Bürger vor Ort, sollte nicht durch die großzügige maschinelle Reinigung kaputt gemacht werden. In den Entwurf der Reinigungssatzung wurde der Grundsatz formuliert, dass überall da, wo eine Übertragung der Reinigung zumutbar ist, diese auch durch den Anlieger erfolgen kann. Nur da, wo diese Möglichkeit nicht besteht, kommt die maschinelle Reinigung zum Einsatz. Wenn das der Fall ist, muss man im Anschluss über die Straßenreinigungsgebühren reden. Er bedankt sich für die täglich eingehenden Rückmeldungen aus den Ortschaften. Die Hinweise werden geprüft und bis zur 2. Lesung und Beschlussfassung eingearbeitet. Er geht auf die Kernpunkte der bisherigen Diskussionen ein. Über diese Themen wird sicher in den Ortschaftsräten noch einmal beraten, da es eine Abstimmung geben muss.

- 1.) Angeregt wurde, über eine wechselseitige Reinigung bei den Straßen nachzudenken, an denen es nur einen Fußweg gibt. Die bisherige Regelung läuft darauf hinaus, dass nur der Anlieger des Fußweges, diesen auch reinigen muss. Die Ortschaftsräte finden eine wechselseitige Reinigung gerechter.
- 2.) Mehrfach sprach man sich dafür aus, dass die Beseitigung des Splitts bei der 1. Reinigung nach dem Winter, von der Stadt erfolgen sollte. Er macht darauf aufmerksam, dass bei der Diskussion folgendes zu beachten ist. Im letzten Winter wurden ca. 700 Tonnen Splitt auf die Straßen und Wege gebracht. Die Beseitigung und Entsorgung wäre mit einem großen Aufwand (Kosten von ca. 86 T€) verbunden.
- 3.) Diskussionen fanden auch zu Haltestellen des ÖPNV statt. Gefordert wird, dass es in der Satzung Definitionen und präzisere Regelungen dazu geben sollte. Die Bushaltestellen, zu denen nur die Grundausrüstung, also das Bushaltestellenschild gehört, sind Bestandteil der normalen Gehwegreinigung. Bei den Haltestellen mit Fahrgastunterständen (Wartehallen) übernimmt die Stadt Reinigung und Winterdienst.
- 4.) Sehr stark diskutiert wurde auch die Reinigung der Kreis-, Landes- und Bundesstraßen. Letztere führen nicht durch die Stadt. Bei den K- und L- Straßen ist in der Rechtsprechung vorgesehen, dass die Übertragung der Reinigung der Straße (nicht des Gehweges) auf den Anlieger, in der Regel nicht zumutbar ist, da dort in der Regel eine hohe Verkehrsmenge, Schwerlastanteil, Busverkehr usw. stattfindet. Gefordert wurde, hier eine Differenzierung vorzunehmen, da nicht alle K- und L-Straßen gleichstark frequentiert werden. Aus dem Grund, dass der Eindruck entsteht, dass eine drohende Gebührenpflicht ursächlich für den Widerstand ist, muss im Rahmen der 2. Lesung folgendes dargelegt und erörtert werden. In der beschlossenen Straßenreinigungsgebührensatzung



wird ein 25-prozentiger Abschlag für die Straßen mit einem hohen Durchgangsverkehr, für Fußgängerüberwege, für Treppenanlagen usw. geregelt.

*Herr Grießer* vermisst in der Satzung Zuständigkeitsregelungen über die von der Stadt bewirtschafteten Parkflächen. Es geht nicht um Parklücken, sondern um Stellflächen, für die die Stadt Geld einnimmt, z.B. in der Kyllischen Straße (Parkautomaten). "Wer ist für die Reinigung dieser von der Stadt bewirtschafteten Parkflächen zuständig?" Die Zuständigkeit sollte in der Satzung geregelt sein.

*Herr Schweiger* betont, dass Gegenstand der Satzung die Straßen und Gehwege sind. Für die Reinigung der klassischen Parkplätze ist die Stadt und für die der straßenbegleitenden Parkflächen sind die Anlieger zuständig.

*Herr Mrozik* spricht als Ortsbürgermeister der Ortschaft Großleinungen. Herr Schweiger hat die meisten Punkte bereits angesprochen, die in der Ortschaftsratsitzung diskutiert wurden. Der Ortschaftsrat und die Anlieger der K- und L- Straßen sind übereingekommen und wollen, dass für Großleinungen keine maschinelle Straßenreinigung vorgesehen wird. Was die Straßen betrifft, die nur einen Gehweg haben, sollte sich vor allem die Regelung auf den Winterdienst beziehen. Wichtig ist, dass der Winterdienst geteilt wird. In den Ortschaften gibt es viele Straßen, die keine Gehwege haben. Hier kann man sich nicht auf die maschinelle Reinigung am frühen Morgen durch die Stadt bzw. den Bauhof verlassen. Er verweist auf die Satzung seiner und sicher auch anderer Ortschaften, in der es Sonderregelungen für die Reinigung der Gehwege gab. Die entsprechenden Regelungen und Hinweise hat der Ortschaftsrat zusammengefasst und Herrn Schweiger übergeben. Er bittet um Berücksichtigung und Einarbeitung.

*Herr Schweiger* versichert, dass die Verwaltung die Hinweise prüft und diese im Rahmen der 2. Lesung erörtert werden.

*Frau Liesong* fragt, 1.) ob sie die Antwort auf die Anfrage von Herrn Grießer richtig verstanden hat, "dass die Grundstücke, die dem Bürger gehören - die Grundstücke hat der Bürger sauber zu halten - und die Stadt kassiert die Parkgebühren?" 2.) hat sie festgestellt, dass es kein Stadtgebiet gibt, das einmal wöchentlich gereinigt wird. Früher war das üblich. Wenn nur alle 2 Wochen eine Reinigung stattfindet, muss man sich über den Dreck nicht wundern.

*Herr Schweiger* antwortet auf die 2. Frage, dass über den Reinigungsrythmus und die -klassen bei Bedarf diskutiert werden muss. Wenn mehrheitlich gewünscht wird, dass Bereiche (touristisch attraktive Gebiete) intensiver bzw. öfter gereinigt werden sollen, ist das festzulegen. Die 1. Frage beantwortet er mit "Nein". Auf Grundstücken, die den Bürgern gehören, gibt es in der Regel keine Parkflächen im öffentlichen Verkehrsraum. Er hat Herrn Grießer so verstanden, dass er die Stellflächen auf öffentlichem Grund und Boden meint, die aber trotzdem durch den dahinter liegenden Anlieger gereinigt werden sollen.

*Herr Windolph* erklärt, dass man zwischen straßenbegleitenden und nichtstraßenbegleitenden Parkplätzen unterscheiden muss. Straßenbegleitende Parkplätze sind direkt der Verkehrsanlage Straße zugeordnet und somit Teil der zu reinigenden Fläche (eingeschlossen: Winterdienst). Wenn davon geredet wird, sind nicht die bewirtschafteten Parkplätze gemeint. Sie gehören nicht zur Fahrbahn. Des Weiteren spricht er von seinen Erfahrungen mit einseitigen Gehwegen. Er sieht es als wirtschaftlichen Vorteil an, wenn ein Grundstück direkt an einem Gehweg liegt. Deshalb ist es richtig, dass der Anlieger die Flächen, die auf seiner Seite der Verkehrsanlage liegen, auch reinigt. Beruflich musste er die Erfahrung machen, dass die wechselseitige Reinigung zu Nachbarschaftsstreitigkeiten und mitunter zu Anzeigen bei der Verwaltung führen.

*Herr Schweiger* begründet, warum die Verwaltung diese Regelung vorgeschlagen hat. Die Eindeutigkeit, die Zuständigkeit und die Ahndung bei Problemen ist hier besser gegeben. Was die Anfrage von Herrn Grießer betrifft, so verweist er auf die Begriffsbestimmung im § 2 der Satzung. "Zur öffentlichen Straße gehören die Fahrbahn, Parklücken in Längs-, Schräg- und Queraufstellung zur Fahrtrichtung ..." D.h. die Parkflächen gehören dazu und sind zu reinigen.

*Herr Mrozik* betont noch einmal, dass es bei einseitigen Gehwegen um den Winterdienst geht. Es ist ausgleichende Gerechtigkeit, wenn beide Anlieger (direkt und gegenüber), die den Vorteil von einem sauberen Gehweg haben, auch wechselseitig den Winterdienst leisten.

*Herr Schmidt* hat in den letzten 4 Jahren auch keine guten Erfahrungen gemacht. In der Riestedter Satzung war ein wechselseitiger Winterdienst verankert. In diesem Zusammenhang verweist er auf § 420 BGB: "Gibt es im Sinne der vorgenannten Absätze mehrere Verpflichtete für einen Straßenabschnitt, so trifft diese Pflicht gesamtschuldnerisch zu."

*Herr Schachtel* weist darauf hin, dass folgende Regelung in Riestedt schon sehr lange effektiv und gut funktioniert. Die Anlieger mit einer geraden Hausnummer leisten den Winterdienst in den Wochen mit gerader Anzahl und die

Anlieger mit einer ungeraden Hausnummer in den Wochen mit ungerader Anzahl. Streitigkeiten werden somit vermieden.

*Herr Schmidt* führt zum Vergleich an, dass die Vorder- und Hintergrundstücke auch im wechselseitigen Rhythmus zu reinigen sind.

*Herr Mrozik* möchte, dass die Verwaltung den Fraktionen, vor den Beratungen zur 2. Lesung, eine Zusammenfassung der Hinweise aus den Ortschaftsratsitzungen vorlegt.

## **6.2 1. Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplanes für das Sanierungsgebiet Sangerhausen - Kernstadt - 1. Lesung**

*Herr Schweiger* begründet die Beschlussvorlage. Es geht darum, dass auch die Stadt Sangerhausen aufgefordert wurde, den städtebaulichen Rahmenplan um klimatische und ökologische Aspekte zu ergänzen. Ansonsten ist ein Fortsetzungsantrag nicht mehr bearbeitungsfähig. Der Sanierungsausschuss hat die erforderlichen Gelder für die Erarbeitung zur Verfügung gestellt. Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt er eine Zusammenfassung des Rahmenplanes, der allen vorliegt.

17:47 Uhr

Frau Stahlhacke kommt = **31**

17:56 Uhr

Frau Rauhut geht = **30**

*Herr Peche* fragt, ob es Gegenstand des Ratsbeschlusses ist, dass die Maßnahmen in dem umfangreichen Rahmenplan umgesetzt werden.

*Herr Schweiger* betont, dass mit dem Rahmenplan keine konkrete Maßnahme beschlossen wird. Mit ihm wird, ähnlich wie beim Stadtentwicklungskonzept, die Zielrichtung für die Entwicklung der Innenstadt beschlossen. Daran haben sich Einzelmaßnahmen auszurichten. Es folgt ein Verfahren, wie im Sanierungsausschuss. Projekte können vorgetragen und gefördert werden, wobei auf letzteres kein Rechtsanspruch besteht.

*Herr Peche* führt aus dem Rahmenplan ein konkretes Beispiel an, das eigentlich schon Geschichte ist. "Der nächste Schritt, die Einteilung der Altstadt in 3 getrennte Verkehrszellen auf zielfernorientierter Grundlage, sollte eine weitere erhebliche Minderung des Verkehrs im historischen Zentrum bewirken." Das ist gescheitert. Dafür wurde schon Geld ausgegeben.

*Herr Schweiger* erwägt eine Präzisierung. Im Sanierungsausschuss hat er bereits darüber gesprochen. Im Moment ist die Verkehrssituation in der Innenstadt vom Grundsatz her gut. D.h. nicht, dass hier und da noch einmal nachjustiert werden muss. Eine abrupte Änderung oder z.B. die Einführung von Zellen, macht aus seiner Sicht jetzt keinen Sinn.

*Herr Skrypek* vermisst ein Instandhaltungskonzept. Es wurden 100 Mio. € für die Sanierung anfangs ausgegeben. Gerade im Straßenbereich, bei Brücken und Brunnen stellt er fest, dass man sich nur am Rand darum kümmert. Es müssen Instandhaltungsmaßnahmen eingeplant werden, um das Sanierungsgebiet zu erhalten.

*Herr Schweiger* bestätigt, aber aus folgendem Grund ist kein Instandhaltungskonzept im Plan enthalten. In der Stadtsanierung kann nur die erstmalige Herstellung der Straßen, Fördergegenstand sein. Die nachfolgende Unterhaltung muss aus dem städtischen Haushalt beglichen werden. Das sollte an anderer Stelle angemahnt und präzisiert werden.

*Herr Skrypek* bittet die Verwaltung darum, das in der nächsten Haushaltsdiskussion zu berücksichtigen und eine Position einzuplanen. Des Weiteren fragt er, ob es eine Planung gibt, aus der hervorgeht, wann, welche Straße im genannten Zeitraum von 10 Jahren saniert wird.

*Herr Schweiger* begründet, warum es eine solche Planung nicht mehr gibt. Als es sie gab, musste festgestellt werden, dass am Ende, die Maßnahmen nicht finanzierbar waren. Es existiert eine Liste, die am Anfang jeden Jahres als Wirtschaftsplan detailliert behandelt wird. Die Maßnahmen, die aus Finanzvolumengründen herausfallen, stehen bei der nächsten Diskussion oben an (Fortschreibung). Wegen der sich jährlich ändernden Konditionen (Förderung/ Eigenanteile) gibt es keine abschließende Vorausschau.

Herr Skrypek stellt fest, dass es der Verwaltung möglich sein muss, den Stadträten eine Planung der Maßnahmen im Straßenbereich für die nächsten Jahre, zur Verfügung zu stellen. Noch dazu, wenn man davon ausgeht, dass davon ca. 80 Prozent abgearbeitet sind.

Herr Schweiger wird das Thema mit dem Sanierungsausschuss beraten.

### **Pause von 18:02 Uhr bis 18:20 Uhr**

### **6.3 Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sangerhausen für den Teilbereich Wettelrode - "Grillenberger Höhe"**

*Ein Übersichtsplan zur Vorlage wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 18.10.2013 zugeschickt.*

Begründung: Herr Schweiger

### **Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen einstimmig zu.

**Der Ortschaftsrat Wettelrode** war nicht beschlussfähig.

*Herr Grieffler* schlussfolgert aus der Begründung zur Beschlussvorlage, dass es sinnvoller wäre, gegen die Ablehnung der Unteren Bauaufsicht des Landkreises zu klagen, als dass die Stadt den Flächennutzungsplan ändert. Wenn es zur Änderung des Planes kommt, sollten die Betroffenen wenigstens die Kosten übernehmen.

*Herr Schweiger* bestätigt, dass der Antragsteller Widerspruch eingelegt hat und den Weg beschreiten wird. Für den Fall, dass er kein Recht bekommt, wäre mit Änderung des F-Planes klargestellt, dass das Grundstück zum Innenbereich gehört. Bei der nächsten Änderung des F-Planes wäre das sowieso erfolgt. Er räumt wegen der Großmaßstäblichkeit einen Fehler seitens der Verwaltung ein. Mit dem Beschluss wird einerseits dieser berichtigt und andererseits wird einer Ablehnung vorgebeugt.

*Herr Grieffler* hat festgestellt, dass auf dem heute nachgereichten Übersichtsplan noch ein Grundstück zu erkennen ist. Er fragt, ob das der ursprüngliche Grund der F-Planänderung ist, dass dort jemand bauen will.

*Herr Schweiger* verneint. Der Grund ist, dass das Grundstück, auf dem bereits ein Haus steht (hinter der roten Markierung), in den Innenbereich hätte einbezogen werden müssen. Wenn das korrigiert wird, dann wird das jetzige Bauvorhaben zulässig. Das trifft natürlich für das einzelne Flurstück auch zu.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Sangerhausen für den Teilbereich Wettelrode - "Grillenberger Höhe".*

*Die derzeitige Darstellung als "Grünfläche" soll in "Mischbaufläche" geändert werden.*

*Das vereinfachte Verfahren nach §13 BauGB soll zur Anwendung kommen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-40/13** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

#### **6.4 Satzung der Stadt Sangerhausen zur Umlegung von Beiträgen der Unterhaltungsverbände "Helme" und "Wipper-Weida" für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung - 1. Lesung**

Begründung: Herr Schweiger

*Herr Hüttel* beklagt den immens hohen Verwaltungsaufwand (150.000 € : 200.000 Einwohner = 7,50 €/ EW). Das ist nicht mehr erklärbar.

*Herr Schweiger* stimmt zu. 7,50 € wären ja noch vertretbar. Manche Gebühren unterschreiten sogar den Wert der Briefmarke auf den Bescheiden.

*Herr Mrozik* fragt, was mit den Grundstücken passiert, die unter die 5 €-Grenze fallen. Sind sie gebührenfrei und wenn "Ja", wer trägt dann die Kosten?

*Herr Schweiger* erklärt, dass laut Kommunalabgabengesetz, Gebühren und Beiträge zu erheben sind. Es kann über Billigkeitsmaßnahmen entschieden werden, d.h. es ist abzuwägen, ab wann eine Beitreibung aus wirtschaftlichen Gründen keinen Sinn mehr macht. Fraglich ist, ob es dadurch gerechter wird.

*Herr Kemesies* stellt fest, dass die Frage von Herrn Mrozik nicht beantwortet wurde. Er fragt, wo das Geld herkommen soll, das nicht erhoben wird. Geht das zu Lasten der Stadt? Er glaubt, dass die fehlende Umlagesumme auf die anderen Beitragszahler umgelegt wird.

*Herr Schweiger* betont, dass auf die anderen Beitragszahler nicht umgelegt werden darf. Ausfälle gehen zu Lasten der Stadt.

*Herr Skrypek* macht darauf aufmerksam, dass die 150 T€ für beide Verbände, unter der Rubrik "finanzielle Auswirkungen" in der Beschlussvorlage, hätten ausgewiesen werden müssen.

#### **6.5 Themenjahr und Bewerbung der Stadt Sangerhausen um die Ausrichtung des Sachsen-Anhalt-Tages 2016**

*Vor der Sitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt.*

*Herr Poschmann* begründet die Beschlussvorlage. Im gestrigen Hauptausschuss wurde angeregt, das Konzept mit dem Stadtrat abzustimmen. Der Punkt 3 des Beschlusstextes wird mit folgendem Satz ergänzt. "Das Konzept ist mit dem Stadtrat abzustimmen."

#### **KASSETTENWECHSEL**

Bei den Städten, die den Sachsen-Anhalt-Tag bisher ausrichteten, betrug das Finanzvolumen zwischen 35 T€ und 100 T€. Wobei die Städte Halle und Magdeburg die höheren Kosten, aber wiederum auch sicher die höheren Einnahmen zu verzeichnen hatten. Mehr als 50 T€ sollen nicht aus dem Haushalt der Stadt Sangerhausen dazu fließen. Das Geld kann auch über Jahre angespart werden. Mit der Durchführung wird die Rosenstadt Sangerhausen GmbH beauftragt, da durch das Outsourcing keine Verwaltungskapazitäten vorhanden sind.

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu, mit der Maßgabe, dass unter Punkt 3 des Beschlusstextes folgender Satz eingefügt wird. "Das Konzept ist mit dem Stadtrat abzustimmen."

#### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

*Herr Griesser* stellt fest, dass es hier um eine rein politische Entscheidung geht. Genauso sollte auch der Beschlusstext lauten. Einen Großteil der Organisation übernimmt eine landeseigene GmbH, d.h. diese kümmert sich um einen Teil der Veranstaltung. Deshalb kann der Halbsatz, dass der Oberbürgermeister ermächtigt wird, "die dazu notwendigen Verhandlungen mit der Rosenstadt GmbH zur Durchführung des Festes zu führen", so nicht stehenbleiben. Es wird viele Beteiligte geben. Gerade von der Landesregierung werden viele Sachleistungen direkt ausgeschrieben, vergeben und abgerechnet. Der 3. Satz sollte ausschließlich folgendermaßen lauten. "Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Bewerbung der Stadt zum Sachsen-Anhalt-Tag abzugeben." Der Zuschuss von 50 T€ ist sehr knapp bemessen.

*Herr Poschmann* bittet darum, die Streichung des Halbsatzes zu überdenken. Da die Stadt dafür selbst keine Verwaltungskapazitäten hat, muss eine Vereinbarung mit der Rosenstadt Sangerhausen GmbH abgeschlossen werden. Selbst die Koordination mit den Landesgesellschaften muss ein Partner übernehmen. Auch wenn der Halbsatz im Beschlusstext gestrichen wird, muss er Verhandlungen führen. Das Know-how der Gesellschaft wird gebraucht.

*Herr Mrozik* hebt hervor, dass es sich hier nicht nur um eine politische, sondern vor allem um eine finanzielle Entscheidung handelt. Es darf nicht vergessen werden, in welcher finanziellen Schieflage sich die Stadt befindet. Diese wird sich auch in den nächsten Jahren nicht verbessern. Hinzu kommt, dass ein strenges Konsolidierungskonzept bis 2017 beschlossen wurde, das in aller Wahrscheinlichkeit nicht so umgesetzt wird. Konsolidierungsmaßnahmen wurden noch nicht umgesetzt, die Bürger belasten. Steuern wurden erhöht. Der Oberbürgermeister ist nicht bereit, wie von der BOS-Fraktion vorgeschlagen, die Bewirtschaftung der Brühlthalhalde auf den Prüfstand zu stellen. Es stehen keine zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung, um diese freiwilligen Aufgaben zu deckeln, ohne andere zu beschneiden oder gar zu streichen. Er nennt in diesem Zusammenhang die angedachte Schließung der Bäder in den Dörfern, Dorfgemeinschaftshäuser, die infrage gestellt werden, Sportanlagen usw.. Kann das der Wille des Rates sein? Für die BOS-Fraktion steht fest - die Kraft und die Finanzen der Stadt und des Landes, für kein Strohfeuer einzusetzen. Herr Peche sagte im Zusammenhang mit den Bahnhof, dass manche Sachen zu groß für die Stadt sind. Das trifft auch hier zu. Stadt und Land sind besser dabei beraten, wenn sie sich um wichtigere Aufgaben in Sangerhausen und Sachsen-Anhalt, wie Wirtschaft, Schulen, Kindereinrichtungen usw. weitreichende Gedanken machen. Sollte es dem Land, dem Landkreis und der Stadt Sangerhausen gelingen, sich im Ranking der Bundesländer und in Sachsen-Anhalt zu verbessern, kann mit seiner Fraktion über Festtage gesprochen werden. Die BOS-Fraktion kann der Beschlussvorlage in der vorliegenden Fassung keine Zustimmung erteilen.

*Herr Poschmann* hat akustisch nicht verstanden, wozu er nicht bereit sein soll.

*Herr Mrozik* begründet, dass seine Fraktion aufzeigen will, dass die Stadt Sangerhausen Einnahmen haben könnte, die aber nicht umgesetzt werden. D.h. sie sind im Konsolidierungskonzept festgeschrieben. Die Bürgerinitiative hat das dem Oberbürgermeister im nichtfraktionellen Rahmen vorgetragen.

*Herr Poschmann* fragt nach dem konkreten Beispiel.

*Herr Mrozik* erklärt, dass es um die Brühlthalhalde geht. Der Vorgang wird zur Zeit bei der Kommunalaufsicht geprüft.

*Herr Kotzur* plädiert dafür, dass trotz berechtigter Einwände, der Beschluss gefasst werden sollte, auch und vor allem mit der Summe von maximal 50 T€. Das Fest hat neben wirtschaftlicher - auch Außenwirkung, denn es geht nicht nur um ein Wochenende. Positive Auswirkungen wird es auch auf das angesprochene Ranking und darauf geben, wie sich die Stadt nach außen hin darstellt. Richtig ist, dass das Konzept, das mit der Rosenstadt Sangerhausen GmbH erarbeitet wird, dem Stadtrat vorzulegen und mit ihm abzustimmen ist. Die Fraktion DIE LINKE. wird der Vorlage zustimmen.

*Herr Windolph* möchte für den Sachsen-Anhalt-Tag werben. Jedem ist bewusst, dass es finanzielle Engpässe gibt und gespart werden muss. Die Stadträte vertreten aber auch die Bürger, die einen Anspruch und das Recht auf einen solchen Tag haben. Im Moment geht es erst einmal nur um die Grundsatzbeschlussfassung, ob sich die Stadt bewirbt. Er bittet die Vertreter der Ortschaften, die auch ihre Dörfer zu Jahrfeiern präsentieren, zuzustimmen, dass sich auch die Kreisstadt zu diesen Anlässen 2016 zu Wort meldet.

*Frau Scheffel* betont, dass es hier nicht nur um die Bewerbung zur Ausrichtung des Sachsen-Anhalt-Tages geht, sondern es wird hier genau festgelegt, dass maximal diese 50 T€ dafür verwendet werden. Noch dazu wird hier nicht nur von einem Tag oder einem Wochenende gesprochen, sondern von einem ganzen Jahr. Sie hat in der Zeitung gelesen, was der Rosenfestumzug gekostet hat und glaubt nicht daran, dass 50 T€ hier ausreichend sind. Sie

bittet folgenden Satz in das Protokoll aufzunehmen und darüber nachzudenken. "Der Thüringen-Tag scheint etwas ganz anderes zu sein als der Sachsen-Anhalt-Tag, denn nachweislich hat Sondershausen in diesem Jahr 230 T€ nachschießen müssen. Der Bürgermeister hat dort vor Ort gesagt, dass es mit ihm so etwas nicht mehr geben wird." Vorhin wurde gesagt, dass sich die Stadt keine großen Schritte leisten kann. Jetzt wird dasselbe wieder gemacht. Sie weist darauf hin, dass die Löcher, die man in der Westsiedlung, an der ehemaligen Lademannschule, ganz schnell gestopft hat, bevor vor 1,5 Jahren die Rundfahrt im Rahmen der Bewerbung zur Landesgartenschau stattfand, wieder so tief sind wie damals. So etwas sollte nicht wiederholt werden.

*Herr Hüttel* wertet es als gute Idee, dass es nicht nur um einen Tag, sondern um ein komplettes Jahr geht. Jetzt wird erst einmal nur entschieden, ob die Stadt ihre Bewerbung beim Land einreicht. Erst danach kommt das Konzept und dann kann der Rat immer noch sagen, dass es zu teuer bzw. nicht machbar ist. Folgende Frage beschäftigte auch seine Fraktion. Wo sollen die 50 T€ herkommen? Damit es nicht gegen Jugendarbeit, die Dorfgemeinschaftshäuser usw. geht, sollten die Mittel in diesem Jahr zusätzlich in die freiwilligen Leistungen aufgenommen werden, sodass sie nicht von den derzeit ohnehin schon sehr geringen freiwilligen Leistungen abgezogen werden. In diesem Zusammenhang muss der Kämmerer gefragt werden, ob das so machbar ist.

*Herrn Schachtel* ist bewusst, dass die finanzielle Situation eine große Rolle spielt und geprüft werden muss. Es sollte aber nicht so weit kommen, dass Sangerhausen zu einem kulturellen Ödland wird. Es ist sehr wichtig zu erwähnen, dass der Sachsen-Anhalt-Tag mehr Arbeit in die Stadt bringt, was wiederum bedeutet, dass die Einnahmen (Steuern) steigen. Es hat Ursachen, wenn Unternehmer ihre Betriebe, Gaststätten usw. schließen müssen. Es fehlt der Umsatz. Wird der Sachsen-Anhalt-Tag über das Jahr verteilt, werden Arbeitsplätze geschaffen, gefestigt und erhalten.

*Herr Skrypek* bewertet den Sachverhalt ähnlich wie sein Vorredner und erinnert daran, dass Sangerhausen eine Kreisstadt im Land Sachsen-Anhalt ist. Andere Städte haben den Sachsen-Anhalt-Tag auch schon ausgerichtet und Sangerhausen braucht sich davor nicht zu verstecken. Seitens der Verwaltung sollte geprüft werden, wie viele und welche Städte am Ende ein Minus bzw. ein Plus-Minus-Null zu verbuchen hatten. Er geht davon aus, dass die Verwaltung eine Überprüfung vorgenommen hat, was die Höhe der Finanzen betrifft bzw. inwieweit die 50 T€ als Eigenanteil eingesetzt werden können.

*Herr Poschmann* stellt folgendes klar. Ein Sachsen-Anhalt-Tag kann natürlich nicht mit 50 T€ ausgerichtet werden. Bei dieser Summe handelt es sich lediglich um den Zuschuss der Stadt. Aus der Vorlage gehen andere Finanzierungsquellen, wie Zuschüsse und Sachkosten des Landes, Sponsoringmittel, Standgebühren usw. hervor. Der Sachsen-Anhalt-Tag ist identitätsstiftend für das Bundesland. Als Beispiel führt er die Heritage-Rosenkonferenz an, die sehr erfolgreich war und deren Finanzierung den Haushalt der Stadt keineswegs belastet hat. Ein inhaltliches - und ein Finanzierungs-konzept müssen übereinstimmend erarbeitet werden. Die maximale Summe von 50 T€ wird vorgegeben. Wenn der Zuschlag zeitnah erfolgt (Anfang des Jahres 2014) bleibt auch genügend Zeit für eine ordentliche Vorbereitung und Werbung. Er hebt die Effekte und Vorzüge hervor, die das Fest über ein Jahr verteilt, hervorbringt.

*Herr Peche* schließt sich an und betont, dass es gewollt ist, dass sich Sangerhausen nach außen hin darstellt und dass von außen auch eine Gegenwirkung erwartet wird. Mit Stolz kann man auf das Erreichte und die Entwicklung der Stadt in den letzten 20 Jahren zurückschauen. Auch auf das, was durch die Eingemeindung erreicht wurde, kann man stolz sein, auch auf die Dorfgemeinschaftshäuser und andere Maßnahmen. Es muss nicht alles negativ geredet werden. Natürlich muss über Kosten und Konzept diskutiert werden, aber es sollte nicht einer gegen den anderen sprechen, sondern Gemeinsamkeiten müssen gesehen werden. Gerade für einen solchen Höhepunkt, wie den Sachsen-Anhalt-Tag, sollten alle Ortschaften und die Kernstadt an einem Strang ziehen, um den Tag und das Themenjahr so erfolgreich wie möglich zu gestalten und anderen Städten ein gutes Beispiel zu sein. Was die Gestaltung betrifft, so erinnert er an den Advent in den Höfen, der wie viele Veranstaltungen auch, nicht ohne die Eigeninitiative und das Engagement vieler Bürger stattfinden könnte. Er appelliert an die Stadträte, sich für die gesamte Stadt Sangerhausen, für die Kernstadt und die Ortsteile, einzusetzen. Im Namen seiner Fraktion stellt er einen Antrag auf namentliche Abstimmung.

*Herr Mrozik* versichert, dass sich seine Fraktion mit dem Thema Sachsen-Anhalt-Tag intensiv beschäftigt hat. Es betrifft nicht nur Sondershausen. Genau die Worte, die hier gefallen sind, stehen in der Presse in einem Bericht über den Sachsen-Anhalt-Tag in Weißenfels. Er zitiert aus dem Artikel. "Trotz des Defizits aus Sachsen-Anhalt, von bis zu 200 T€ ist die Rede, - wer trägt das? 185 T€ der Oberbürgermeister. Es war ein geplantes Defizit von 148 T€, das wir über mehrere Jahre in die laufende Konsolidierung einbezogen haben." Die Stadt ist auch nur mit dem kleineren Betrag herangegangen und dort geendet. Seine Fraktion möchte nur darauf hinweisen, dass jeder im Rat Bescheid weiß, dass die 50 T€, die eventuell hier festgelegt werden, nicht die Höchstgrenze für Sangerhausen ist.

*Herr Schmidt* weist darauf hin, dass es hier um den Haushalt geht und im Prinzip keine finanziellen Mittel da sind. Herr Peche hat das sehr schön gesagt, mit dem Zusammenhalt von Ortsteilen und Kernstadt. Dazu führt Herr

Schmidt ein Beispiel an, das ihn sehr wütend gemacht hat. 14 Tage vor dem Erntedankfest in Riestedt, rief er bei der Stadtverwaltung an, um sich zu erkundigen, dass alles klar geht. D.h. er wollte wissen, ob die Ortschaft auch die 11 Buden erhält, die ein halbes Jahr vorher schon bestellt waren. Zur Antwort bekam er am nächsten Tag, dass aus Kostengründen nur 2 Buden zur Verfügung gestellt werden - und das 2 Wochen vor dem Fest, wo alles organisiert und vorbereitet war. Da kann man doch seine Reaktion und die der Mitglieder der Vereine verstehen. Es gibt noch einige Beispiele, die er anführen könnte, die aufzeigen, wie den Ortschaften aus finanziellen Gründen Leistungen versagt werden. Da soll er hier zustimmen? Er fragt, wie die Stadt nach außen hin dasteht. Die Stadtkasse ist leer, der Landkreis hat die höchste Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, aber es werden Feste gefeiert!?

*Frau Kümmel* stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Diskussion.

**Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag** auf Ende der Rednerliste.

Ja-Stimmen = 30  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag einstimmig angenommen.

### **Beschlusstext:**

- 1. Die Stadt Sangerhausen bewirbt sich als Ausrichter des Sachsen-Anhalt-Tages 2016*
- 2. Der finanzielle Eigenanteil zur Ausrichtung des Sachsen-Anhalt-Tages beträgt für die Stadt Sangerhausen max. 50.000 €.*
- 3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt die Bewerbung der Stadt zum Sachsen-Anhalt-Tag abzugeben und die dazu notwendigen Verhandlungen mit der Rosenstadt GmbH zur Durchführung des Festes zu führen. Das Konzept ist mit dem Stadtrat abzustimmen.*

### **Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Herr Ralf Poschmann	Ja
Frau Regine Römmisch	Ja
Herr Volker Schachtel	Ja
Herr Andreas Skrypek	Ja
Frau Regina Stahlhacke	Ja
Herr Harald Weiß	Ja
Herr Reinhard Windolph	Ja
Herr Peter Dietrich	Ja
Herr Manfred Fischer	Ja
Herr Holger Hüttel	Ja
Herr Klaus Kotzur	Ja
Frau Christine Kümmel	Ja
Frau Sabine Künzel	Ja
Herr Axel Sell	Nein
Frau Iris Töpsch	Ja
Herr Siegmund Hecker	Enthaltung
Herr Andreas Herold	Ja
Herr Volker Kinne	Ja
Herr Bert Mrozik	Nein
Frau Katrin Scheffel	Nein
Herr Helmut Schmidt	Nein
Herr Jürgen Telle	Nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	Nein
Herr Mike Bösel	Ja
Herr Siegbert Grießer	Ja

Frau Gesine Liesong	Ja
Herr Klaus Peche	Ja
Herr Lothar Wolfram	Ja
Frau Christine Block	Ja
Herr Arndt Kemesies	Ja

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	6
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-40/13** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

#### **6.6 Berufung des Gemeindevorstandes und des Stellvertreters für die Wahl des Stadtrates sowie der Ortschafträte 2014**

Begründung: Herr Poschmann

19:15 Uhr  
Frau Kümmel, Frau Liesong und  
Herr Kemesies gehen = **27**

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

#### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beruft für die Wahl des Stadtrates sowie der Ortschafträte der Stadt Sangerhausen am 25. Mai 2014 zum*

*Wahlleiter: Herr Jens Schuster, Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen;*

*Stellvertreterin: Frau Annette Brenneiser, Fachdienstleiterin Personal- und Verwaltungsservice*

#### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-40/13** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

#### **6.7 Zuschuss zur Finanzierung eines Grundstückes für den Deutschen Alpenverein - Sektion Südharz/Sangerhausen e.V. zur Errichtung einer Sport- und Freizeitanlage - 2. Lesung**

Begründung: Herr Bößenroth

19:20 Uhr  
Frau Liesong kommt = **28**

#### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.



### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen zu.

### **Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

*Herr Hüttel* ist sich sicher, dass die Stadträte für die Verbesserung der Jugendarbeit stimmen werden. Das Problem ist hier, wie z.B. auch beim Sachsen-Anhalt-Tag, die Finanzierung. Durch die Aufteilung auf die 10 Jahre, bahnt sich das Problem an, dass die 3.372,50 Euro jährlich, den jeweils aktuellen freiwilligen Leistungen entzogen werden. Er fragt, ob die 33.725 Euro mit dem aktuellen Haushalt ausgegeben und somit die Ausgaben für die Folgejahre eingespart werden können.

*Herr Poschmann* hatte im gestrigen Hauptausschuss bereits geantwortet, dass das keinen wirtschaftlichen Sinn macht. Die Stadt wird im Rahmen der Haushaltskonsolidierung am Gesamtergebnis gemessen. Wenn die Summe einmalig gezahlt wird, dann aus dem Kassenkredit, wobei zusätzlich der Kassenkreditzins anfällt. Seines Erachtens ist die mit der SWG ausgehandelte zinslose Ratenzahlung, der effektivste Weg.

*Herr Mrozik* fragt Herrn Schuster, welchem Produkt die 3.372,50 Euro zugeordnet werden. Wenn heute keine Antwort gegeben werden kann, möchte er in der nächsten Ausschusssitzung Auskunft darüber.

*Herr Schuster* wird die Antwort nachliefern.

*Herr Kotzur* möchte, dass konkret festgelegt wird, dass die Aufwendungen von 3.372,50 Euro jährlich nicht zu Lasten der Bewirtschaftung der Dorfgemeinschaftshäuser, Einschränkungen bei den Vereinen usw. gehen. In der Begründung der Beschlussvorlage steht geschrieben, dass die Kletteranlage den Einrichtungen der Stadt Sangerhausen ( u.a. Kitas, Jugendeinrichtungen, Feuerwehren) kostenfrei zur Nutzung unter Anleitung des Alpenvereins zur Verfügung steht und dass die Kletteranlage für offene Angebote der Jugendarbeit unter Anleitung des Stadtjugendpflegers kostenfrei genutzt werden kann. Hier sollte darauf geachtet werden, dass der Passus bestehen bleibt, auch wenn eine Anleitung durch den Stadtjugendpfleger nicht mehr gewährleistet werden kann.

*Herr Poschmann* erklärt, dass es um Vereinbarungen geht, die mit dem Verein getroffen werden können. Zur Konsolidierung äußert er sich wie folgt. In der letzten Ratssitzung wurde das Sportentwicklungskonzept fortgeschrieben. In dem vorigen stand geschrieben, dass der Alpenverein in die Grauegasse verlegt wird. Dann wären viel höhere Betriebskosten angefallen, als das, was jetzt angesetzt wird.

*Herr Skrypek* hebt hervor, dass die jährliche Summe von 3.372,50 Euro im Vergleich zu den Gesamtkosten des Kletterfelsens relativ gering ist. Diese Ausgabe lohnt sich für die Stadt und für die Jugendarbeit innerhalb der Stadt. Das ist eine Investition in die Zukunft.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat beschließt einen jährlichen Zuschuss auf 10 Jahre in Höhe von 3372,50 €/jährlich an den Alpenverein/Sektion Südharz e.V. zur Finanzierung eines Grundstückskaufes von der Städtischen Wohnungsbau GmbH, um darauf einen Kletterfelsen als Freizeit- und Sportangebot errichten zu können.*

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Verein einen entsprechenden Vertrag zu schließen und die Mittel in die Finanzplanungen der Stadt aufzunehmen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 24  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-40/13** registriert.

**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **6.8 Beschluss der FriedWald-Nutzungsordnung des Bestattungswaldes FriedWald in Sangerhausen**

Begründung: Herr Bößenroth

19:30 Uhr  
Frau Römmisch und  
Herr Sell gehen = **26**

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

### **Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung zu.

### **Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

**Der Ortschaftsrat Wettelrode** war nicht beschlussfähig.

*Herrn Windolph* interessiert, wie es sich mit den Waldwegen zum und im FriedWald verhält. Laut Feld- und Forstordnungsgesetz dürfen die Wege nicht befahren werden. Er fragt, ob sie als öffentliche Straßen gewidmet werden müssen.

*Herr Bößenroth* erklärt, dass es grundsätzlich keinen Wegebau durch den Friedwald geben wird. Der Wald wurde als Friedwald gewidmet. Unter anderem muss ein Parkplatz angelegt werden. Nähere Informationen dazu wird er im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage des TOP 8.1 geben.

*Herr Skrypek* spricht im Einvernehmen mit Herrn Poschmann von "Sonderregelung".

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Nutzungsordnung für den FriedWald Bäumelburg Sangerhausen.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 22  
Nein-Stimmen = 3  
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-40/13** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung

## 6.9 Korrektur des Beschlusses 2-37/13 zur Verlegung von Stolpersteinen

Begründung: Herr Poschmann

19:35 Uhr  
Herr Sell kommt = 27

*Frau Liesong* informiert, dass sie in der Pause Einladungen zur Veranstaltung am 08. November 2013 verteilt hat. Sie macht auf die Spendenaktion für die Stolpersteine aufmerksam.

### **Beschlusstext:**

*In teilweiser Abänderung des Beschlusstextes des Ratsbeschlusses 2-37/13 erfolgt die Verlegung von den Stolpersteinen nach*

*Herr Moritz Loewe Göpenstraße 21  
Frau Henrietta Loewe Göpenstraße 21*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 27  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-40/13** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## 6.10 Beteiligung an der Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das Kinderförderungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.01.2013

Begründung: Herr Poschmann

19:37 Uhr  
Frau Stahlhacke geht = 26

### **Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

### **Beschlusstext:**

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, sich an einer möglichen Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das KiFöG LSA zu beteiligen und einen Betrag in Höhe von 1.000 Euro zur Finanzierung des Gutachtens und des Kommunalverfassungsstreitverfahrens auf das Geschäftskonto des SGSA zu überweisen, der die Koordinierung des Verfahrens übernimmt.*

### **Abstimmung über die Beschlussvorlage**

Ja-Stimmen = 26  
Nein-Stimmen = 0  
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-40/13** registriert.  
**Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

## **7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**

### **7.1 Bewertungshandbuch der Stadt Sangerhausen**

19:40 Uhr  
Frau Stahlhacke kommt = **27**

19:41 Uhr  
Herr Telle geht = **26**

## **8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**

.  
.

## **9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**

.  
.

## **10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

*Herr Skrypek* stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 19:45 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung  
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek  
Vorsitzender